



# HESSISCHER LANDTAG

05. 12. 2022

Plenum

## Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### **Arbeits- und Fachkräftemangel bedroht Wohlstand Hessens: Duale Ausbildung zukunftsfähig aufstellen – Zuwanderung vereinfachen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass inzwischen zahlreiche Branchen und Berufszweige in Hessen von einem Arbeitskräftemangel betroffen sind. Umfragen zufolge geben inzwischen bis zu zwei Drittel der Unternehmen an, den Mangel an Arbeitskräften für das größte Geschäftsrisiko zu halten. Darüber hinaus haben auch öffentliche Verwaltungen und der Gesundheitssektor zunehmend Probleme, ausreichend Personal zu finden. Wenn sich diese Entwicklung ungebremst fortsetzt, sind damit erhebliche Risiken für Wertschöpfung und Wachstum am Wirtschaftsstandort Hessen verbunden.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Gründe für den wachsenden Arbeitskräftemangel in erster Linie in der demografischen Entwicklung liegen. Diese Entwicklung wird sich mit dem Renteneintritt der Baby-Boomer Generation nochmals drastisch verschärfen.
3. Der Landtag betrachtet die sinkende Anzahl von Ausbildungsinteressierten mit Sorge. Der Landtag stellt dabei fest, dass der langfristig zu beobachtende Trend eines Rückgangs an Ausbildungsverhältnissen auch konkrete Auswirkungen auf das Berufsschulangebot hat. Schon jetzt ist eine wohnortnahe Beschulung in vielen Ausbildungsberufen nicht mehr möglich, worunter die Attraktivität der Ausbildung leidet, da die Auszubildenden teilweise lange Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen. Darüber hinaus ist ein flächendeckendes Netz an Berufsschulen ein bedeutender Standortfaktor und insbesondere für den ländlichen Raum von Bedeutung. Der Landtag betont, dass einer Konzentration von Berufsschulen in Städten und Oberzentren unbedingt entgegengewirkt werden muss.
4. Der Landtag stellt fest, dass das Konzept „Zukunftsfähige Berufsschule“ nicht ausreicht, um die Herausforderungen der dualen Ausbildung umfassend anzugehen. So werden mit dem Konzept fast ausschließlich quantitative Kriterien wie die Mindestklassengrößen in den Blick genommen, qualitative Fragestellungen werden hingegen kaum berücksichtigt. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, das Konzept mit allen Beteiligten dahingehend weiterzuentwickeln, dass die Herausforderungen der dualen Ausbildung umfassend angegangen werden. Dazu gehört die Nutzung digitaler und hybrider Formate, um die digitale Bildung ebenso wie die Vernetzung der Standorte zu stärken und Möglichkeiten gemeinsamer Beschulung auszuschöpfen. Hierfür müssen an den Schulen die notwendigen Voraussetzungen wie beispielsweise die technische Infrastruktur, bauliche Anpassungen sowie die leistungsstarken Plattformen und weitere digitale Instrumente geschaffen werden.
5. Der Landtag erkennt an, dass die kommunalen Ausländerbehörden massiv überlastet sind. So gehen in Städten wie Frankfurt oder Darmstadt täglich weitaus mehr Anträge ein, als abgearbeitet werden können und sowohl krankheitsbedingte Ausfälle, Personalmangel als auch der Krieg in der Ukraine haben die Situation verschärft. Insbesondere für Drittstaatsangehörige, die regelmäßig neue Aufenthaltstitel benötigen oder diese bei einem Jobwechsel anpassen lassen müssen, ist die aktuelle Situation unzumutbar und bisweilen existenzbedrohend. Dem Wirtschaftsstandort Hessen gehen somit dringend benötigte Fachkräfte verloren. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, eine Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) einzurichten.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, Regelungen zu schaffen, bei denen Auszubildenden im dualen System Kosten für Anfahrt und auswärtige Unterbringung erstattet werden. Die aktuelle Bezuschussung in Höhe von 20 Euro für Unterbringung und Verpflegung pro notwendigem externen Aufenthaltstag hält der Landtag im Sinne der Attraktivierung der dualen Ausbildung für unangemessen.
7. Der Landtag stellt fest, dass die gezielte und qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt für die Arbeitskräftesicherung in vielen Branchen schon jetzt unverzichtbar ist, etwa für die Landwirtschaft, den Bau, Handwerk und Industrie oder das Gesundheitswesen. Eine gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt wird daher notwendig sein, um den Arbeitskräftemangel zu lindern. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund das von den regierungstragenden Fraktionen der Ampel-Koalition im Bund beschlossene Ziel, neben dem bestehenden Einwanderungsrecht eine zweite Säule mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild zu etablieren. Diese soll ausländischen Arbeitskräften bei der Jobsuche einen gesteuerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ermöglichen.

### **Begründung:**

Der Wirtschaftsstandort Hessen steht mit dem Arbeitskräftemangel im Wesentlichen vor zwei Problemen: dem Mangel an Arbeitskräften insgesamt und dem Mangel an qualifizierten Fachkräften. Studien zufolge fehlen in Hessen bis zum Jahr 2035 rund 470.000 Arbeitskräfte. Der größte Teil dieser Lücke (ca. 86 Prozent) ist auf beruflich qualifizierte Fachkräfte zurückzuführen. Maßnahmen auf Landesebene, die diesen Problemen Rechnung tragen, müssen deswegen sowohl auf die Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte, als auch auf eine Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsausbildung abzielen.

Stehen den Unternehmen am Wirtschaftsstandort Hessen nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, so sind damit erhebliche wirtschaftliche Einbußen verbunden. Eine Studie der Unternehmensberatung Boston Consulting Group geht davon aus, dass für jede fehlende Arbeitskraft rund 86.000 Euro Wirtschaftsleistung pro Jahr verloren gehen. Der aktuelle Arbeitskräftemangel koste den Wirtschaftsstandort Deutschland daher bereits jetzt 86 Mrd. Euro pro Jahr. Da sich der Mangel an Arbeitskräften mit dem Renteneintritt der Babyboomer-Generation in absehbarer Zeit verschärfen wird, werden die Kosten des Arbeitskräftemangels weiter drastisch steigen.

Im Sommer 2021 gaben laut IAB-Betriebspanel 28 Prozent der hessischen Unternehmen an, einen Sofortbedarf an Arbeitskräften zu haben. Dabei wurde mit 133.000 sofort gesuchten Arbeitskräften ein neuer Höchstwert erreicht. 60 Prozent der Stellen wären dabei durch Personen mit Berufsausbildung, 15 Prozent mit Hochschulabschluss und 26 Prozent zur Ausführung einfacher Tätigkeiten zu besetzen gewesen.

Demgegenüber steht ein langfristig zu beobachtender Rückgang an Ausbildungsverhältnissen in Hessen, der in erster Linie auf eine sinkende Anzahl an Ausbildungsinteressierten zurückzuführen ist. Während vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019 noch rund 43.000 Ausbildungsinteressierte bei den Agenturen für Arbeit registriert waren, waren es im Jahr 2021 nur noch 35.000. Im Jahr 2022 sank die Zahl der Ausbildungsinteressierten um weitere 4,3 Prozent auf 33.700. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der angebotenen Stellen gestiegen, sodass die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage immer weiter auseinandergeht.

Selbst das beschleunigte Fachkräfteverfahren nimmt laut Aussage der Landesregierung aus Drucksache 20/6861 allerdings durchschnittlich sieben Wochen in Anspruch. Angesichts des eklatanten Mangels an Fachkräften sind diese Verfahrensdauern deutlich zu lang und bedürfen einer Beschleunigung. Die Ausländerbehörden sind die zentrale Behörde, wenn es darum geht, Aufenthaltstitel zu beantragen, zu verlängern oder auch anzupassen. Die langen Bearbeitungszeiten führen häufig dazu, dass Antragsteller ihre Erwerbstätigkeit einstellen müssen oder nicht reisen dürfen. Damit gehen Hessen wertvolle Fachkräfte verloren.

Wiesbaden, 5. Dezember 2022

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**